

Sitzung

im Rathaus zu Barmen am Montag, den 5. Februar 1923.

(Beginn 3 $\frac{1}{2}$ Uhr.)

Minister des Innern Severing:

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

In schicksalsschwerer Stunde haben Sie den Wunsch geäußert, auch in amtlicher Form zu den Fragen Stellung zu nehmen, die nicht allein Ihre Provinz, sondern das ganze Deutschland auf das schwerste erschüttern. Die Staatsregierung hat diesem Wunsche gern Folge geleistet, und es gereicht mir zu besonderer Genugtuung, daß ich, um dieselbe Stunde, wo in Münster unter dem Vorsitz des preussischen Ministerpräsidenten Braun der westfälische Provinziallandtag zusammentritt, Ihre Tagung eröffnen kann. (Bravo!) Die Wahl dieses Tagungsortes kennzeichnet schon die außerordentliche Situation, in der wir uns befinden. Sie, meine verehrten Damen und Herren, und die von Ihnen vertretene rheinische Bevölkerung, haben jetzt 4 Jahre lang schon das Joch der Besatzung ertragen. Das hervorzuheben, ist in diesem Augenblick nicht ganz überflüssig. Man spricht in der Öffentlichkeit Deutschlands und in der Welt jetzt von einer Ruhraktion und von der Ruhrabwehr, und es könnte scheinen, wenn das allzuoft unterstrichen und betont wird, als ob die rheinische Bevölkerung nicht die Anerkennung verdiente, die man jetzt der tapferen Bevölkerung des Ruhrgebietes zollt. Ich möchte hervorheben, daß Sie die Schwere der Besatzung, die Lasten und Belästigungen der Besatzung getragen haben nicht weil Sie weniger fest gewesen wären als die westfälischen Männer, sondern weil Sie dieses Opfer bringen mußten im Interesse des ganzen Landes. (Sehr richtig!) Ich weiß mich einig mit der Reichsregierung, wenn ich das an dieser Stelle besonders hervorhebe. Und wenn jetzt zur Abwehr der Schäden der Besatzung im alten und im neuen Gebiet eine Hilfsaktion veranstaltet wird und diese Hilfsaktion, gewiß einseitig, den Namen „Ruhrhilfe“ trägt, so dürfen Sie überzeugt sein, daß die Reichs- und die Staatsregierung bemüht sein werden, aus dieser einseitigen Bezeichnung nicht falsche Schlussfolgerungen zu ziehen und bemüht bleiben werden, klarzustellen, daß die Rheinländer und — ich füge hinzu — auch die Mainländer der tätigen Hilfe des ganzen Deutschlands teilhaftig werden. (Bravo!) Denn es handelt sich nicht mehr um eine Ruhraktion, auch nicht mehr um eine Rheinaktion, sondern es kommt auch ein anderer Fluß in Betracht, und — wenn wir die außenpolitischen Verhältnisse in Betracht ziehen — so kommt der Main in erster Linie in Betracht.

Franzosen und Belgier haben es sich nicht genug sein lassen an den Lasten und an den Belästigungen durch die Besatzung im Rheinland; sie haben jetzt eine „friedliche“ Ingenieurkommission ausgerüstet, die unter dem Schutze von französischen und belgischen Bajonetten sich anschießt, einen Stoß in das wirtschaftliche Herz Deutschlands zu führen. Vor einigen Tagen hat in Düsseldorf ein Vertreter Frankreichs davon gesprochen, daß die französischen Behörden, das französische Militär nicht den Ehrgeiz hätten, sich in der Welt den Ruf zu verdienen, „daß kein Gras mehr wachse, wohin ein französisches Pferd seinen Fuß setze“. Es mag sein, daß gewisse Persönlichkeiten in der französischen Verwaltung und in den französischen Besatzungsformationen die Absicht haben, so schonend wie möglich vorzugehen. Der Wille allein aber tut's nicht. Wir sehen den Effekt, und der zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit, daß kein Gras mehr wächst, wo die französischen Tanks und die französischen Pferde ihre Spuren hinterlassen. (Sehr richtig!) Sie unterbinden uns in zahlreichen Städten den Schulunterricht, sie verjagen uns aus unseren Krankenhäusern, sie treiben die Preise der Lebensmittel in die Höhe, sie beschlagnahmen die Lebensmittel, die Milch, die zur Ernährung unserer Säuglinge bestimmt sind. (Aufe: Pfui!) Das sieht nicht danach aus, als ob die ganze Aktion den Zweck hätte, das wirtschaftliche Leben des Ruhrgebietes zu studieren und danach die Maßnahmen zur Sicherung der Reparationen zu treffen. (Sehr richtig!) Wir haben vielmehr den Eindruck — und ich füge hinzu, ein großer Teil der Kulturwelt teilt diese Auffassung —, daß mit den Maßnahmen der Besatzungsbehörden und auch mit den Maßnahmen der Rheinlandkommission Frankreich und Belgien den Rechtsboden verlassen haben, der durch das Rheinlandabkommen geschaffen ist und der im Völkerrecht begründet liegt. (Lebhafte Sehr richtig!) Beide, Militärbehörden wie zivile Stellen der Besatzung, greifen ein in die Finanzhoheit des Reichs, der Länder und der Kommunalverwaltung. Ich bin überzeugt, daß Sie hierher gekommen sind zu dem Zweck, um Einspruch

gerade gegen dieses Gebahren der Besatzungsbehörde zu erheben. (Sehr richtig!) Ich darf aber auch hinzufügen, daß die preußische Regierung mit den Regierungen der anderen Länder fest hinter der Reichsregierung in der entschiedenen Abwehr aller dieser Maßnahmen zusammensteht. (Lebhaftes Bravo!) Die preußische Regierung unterstützt die große Linie der Politik, die der Herr Reichskanzler zu wiederholten Malen im Parlament und an anderer Stelle der Öffentlichkeit bekannt gegeben hat. (Bravo!) Der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung wird diese Haltung klar vorgezeichnet durch die Einmütigkeit der Volkskreise des gesamten Deutschlands. In der Abwehr der Rechtsbrüche der französischen Militär- und Zivilstellen — das darf ich wohl feststellen, ohne eine Geschichtsfälschung zu begehen — ist sich das ganze deutsche Volk einig. (Lebhaftes Bravo!)

Es handelt sich heute nicht nur um die Frage: linksrheinisch oder rechtsrheinisch, um Ruhr, Main oder Rhein, es handelt sich darum, daß das ganze deutsche Volk gewillt ist, die Frage der Ruhr und des Rheins und des Mains zu einer Frage des gesamten deutschen Volkes zu machen. (Lebhaftes Bravo!) Erfreulicherweise ist der Parteistreit unter dem Eindruck dieser gewaltigen Not zurückgetreten, und die preußische Staatsregierung gibt sich der bestimmten Erwartung hin, daß die Bhalanz geschlossen bleibt, solange die Aufgabe der Zurückweisung französischer Rechtsverletzungen bleibt, solange diese Aufgabe nicht erfüllt wird. (Bravo!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es würde eine falsche Deutung erfahren, wenn ich von dieser Stelle aus den Beamten, die in den letzten Wochen und Tagen Opfer französischer Willkür geworden sind, einen besonderen Dank ausspräche. Was die Herren getan haben, haben sie nicht anders aufgefaßt als einen Beweis der Pflichterfüllung (Sehr richtig! und Bravo!), und es ist nicht preußische und nicht deutsche Art, dafür besonderen Dank zu sagen. (Sehr richtig!) Aber, meine Damen und Herren, das darf ich aussprechen, daß diese deutsche und preußische Pflichttreue in der ganzen Welt mit Bewunderung beobachtet wird (Bravo!), und ich darf hinzufügen, daß die preußische Staatsregierung mit der Reichsregierung alles tun wird, um die Lage der ausgewiesenen Beamten, der unschuldigen Kinder und der Frauen, der tapferen Frauen, zu lindern. (Bravo!) Und ich darf weiter sagen, daß die preußische Staatsregierung mit der Reichsregierung den Tag herbeisehnt, wo man einen gewissen Rollenwechsel vornehmen kann (Bravo!), wo die Subjekte der Ausweisung Objekte der Ausweisung werden. (Lebhaftes Bravo!)

Meine Damen und Herren! Die Vorgänge der letzten Zeit, insbesondere die Einmütigkeit, mit der besonders im Rheinlande die Willkür der Besatzungsbehörden zurückgewiesen worden ist, gerade dieses Beispiel der rheinischen Bevölkerung ist die beste, die lebendigste Widerlegung der törichten Ausstreuungen, als ob im Rheinlande zahlreiche Kreise vorhanden wären, die los von Berlin, los von Preußen und los vom Reiche wollen. (Sehr richtig!) Eine Abstimmung mit dem Stimmzettel war bisher nicht möglich; eine Abstimmung, die Klarheit über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Ausstreuungen brächte, ist jetzt auch unnötig geworden. Denn selbst wenn es bei der Rheinlandkommission noch Männer gegeben hätte, die der Auffassung gewesen wären, daß in einem Kreise der Eifel, in einem Kreise des Bezirks Wiesbaden es noch zahlreiche Schichten gäbe, die den Wunsch hätten, sich in der schwersten Stunde des Vaterlandes von diesem Lande zu trennen, so haben die Vorgänge der letzten Zeit, haben die Proteste der Bevölkerung bei der Ausweisung der verschiedenen Beamten den deutlichsten Beweis dafür erbracht, daß gerade in der schwersten Not Preußens und des Reiches die Bevölkerung auch des Rheinlandes fest zu Preußen und zum Reiche steht. (Bravo!) Und so möge es immer bleiben!

Meine Damen und Herren! Nach § 32 der Provinzialordnung und § 1 der Geschäftsordnung für den Provinziallandtag hat das an Jahren älteste Mitglied zunächst den Vorsitz zu übernehmen. Soweit mir bekannt, ist Herr Abgeordneter Dr. Olberz das älteste Mitglied dieses Hauses; er ist am 31. Mai 1845 geboren. — Es meldet sich kein älteres Mitglied. Ich darf Herrn Abgeordneten Dr. Olberz bitten, den Vorsitz zu übernehmen.

Alterspräsident Dr. Olberz: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir danken zunächst der Staatsregierung für die Einberufung des Provinziallandtages und ganz besonders dem Herrn Staatsminister Sebering für sein persönliches Erscheinen. (Lebhaftes Bravo!) In einer ernsten Zeit sind wir zusammen gekommen, um als die gewählten Vertreter der Rheinprovinz Einspruch zu erheben gegen die weitere Besetzung von Teilen unserer Provinz und der Nachbarprovinz, die zugleich eine Verletzung des uns aufgezwungenen Friedensvertrages bedeutet. Trotz aller Bemühungen Deutschlands, die uns durch diesen Vertrag auferlegten unerhörlichen Leistungen zu erfüllen, wirft uns der Gegner absichtliche Weigerung der Erfüllung vor (Zuruf von den Kommunisten: Das stimmt zum Teil! Bewegung) und benutzt diesen Vorwand, das Ruhrgebiet zu besetzen. Gegenüber dem Handeln unserer Gegner bieten die Bewohner des besetzten Gebietes ein Zeugnis der Treue. Arbeiter sowohl wie Arbeitgeber, Private wie Beamte lassen sich weder durch Drohungen, noch durch auferlegte Strafen, noch durch Ausweisungen aus der Heimat dazu veranlassen, ihrem Vaterlande Schaden zuzufügen oder den geleisteten Treuschwur zu brechen. Die Härte unserer Gegner richtet sich sogar gegen die Frauen und die Kinder der Ausgewiesenen, die ebenfalls ihre Heimat verlassen müssen. Von diesem harten Lose sind auch Mitglieder

des Provinziallandtages und der Kommissar des vorigen Landtages, der Oberpräsident der Rheinprovinz, betroffen worden. Ihnen ganz besonders wie allen Ausgewiesenen drücken wir unsere warme Teilnahme aus. (Lebhaftes Bravo!) Wir sind stolz auf diese Männer (erneutes Bravo!), die lieber alles Ungemach erleiden, als daß sie ihrem Vaterlande schaden wollen. (Bravo!) Nehmen wir uns alle ein leuchtendes Beispiel an diesen Männern! Wie schwer auch die Gegenwart auf uns lastet, wie drückend auch die Maßnahmen unserer Gegner noch sein werden, unseren Mut, unsere Standhaftigkeit und unsere Treue gegen unser geliebtes deutsches Vaterland werden sie nicht beugen und nicht wankend machen können. (Lebhaftes Bravo!) Wir Rheinländer gehören zum Deutschen Reich! Deutsche sind wir, Deutsche wollen wir stets bleiben! (Starker Beifall.)

Nach der Provinzialordnung sind die beiden jüngsten Mitglieder des Landtages zu Schriftführern bezw. Stimmzählern zu berufen. Nach den mir gemachten Mitteilungen ist das jüngste Mitglied Herr Knab, geboren am 23. Dezember 1895. Ist Herr Knab anwesend? (Abgeordneter Knab: Ja!) Dann bitte ich Sie, sich hierher zu bemühen. Das zweitjüngste Mitglied ist Herr Gertner, geboren am 17. Juni 1894. Ist Herr Gertner anwesend? (Zuruf Nein!) Dann folgt Frau Appel, geboren am 20. Oktober 1892. Ist Frau Appel anwesend? (Abgeordnete Frau Appel: Ja!) Dann bitte ich Sie, sich auch hierher zu bemühen.

Es ist nunmehr die Beschlußfähigkeit durch Namensaufruf festzustellen. Ich bitte Herrn Knab, die Namen der Abgeordneten aufzurufen. (Es folgt der Namensaufruf der Abgeordneten.) Es sind 133 Mitglieder anwesend, an der Beschlußfähigkeit ist also nicht zu zweifeln.

Wir kommen dann zu der Wahl des Präsidiums. Ich frage, ob Vorschläge aus der Versammlung gemacht werden. — Ich gebe Herrn Mönning das Wort.

Abgeordneter Mönning: Ich beantrage Wiederwahl des Präsidiums des letzten Landtages und für den erkrankten Abgeordneten Heuser bitte ich Herrn von Loë zu wählen. Die Wahl bitte ich durch Aklamation tätigen zu wollen.

Alterspräsident Dr. Olberg: Sie haben den Vorschlag gehört. Als Vorsitzender ist vorgeschlagen Herr Dr. Jarres. Wird dagegen Widerspruch erhoben? — Das ist nicht der Fall. Ich stelle damit fest, daß Herr Dr. Jarres einstimmig durch Aklamation zum Vorsitzenden gewählt worden ist. (Lebhaftes Bravo!) Ich frage Herrn Dr. Jarres, ob er die Wahl annimmt.

Abgeordneter Dr. Jarres: Nehme mit Dank an.

Alterspräsident Dr. Olberg: Als stellvertretende Vorsitzende sind Herr Ullenbaum und Herr von Loë vorgeschlagen worden. Ich frage, ob Sie gewillt sind, diesen Vorschlag anzunehmen. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Herr Ullenbaum und Herr von Loë sind demnach als stellvertretende Vorsitzende gewählt. Ich frage Herrn Ullenbaum, ob er die Wahl annimmt. (Abgeordneter Ullenbaum: Ja!) Ich frage Herrn von Loë, ob er die Wahl annimmt. (Abgeordneter von Loë: Jawohl!) Damit wäre das Amt des Alterspräsidenten erledigt. Ich bitte nunmehr Herrn Dr. Jarres, den Vorsitz zu übernehmen. (Lebhaftes Bravo!)

Vorsitzender Dr. Jarres (mit Händeklatschen begrüßt): Meine Damen und Herren! Ich habe zunächst die angenehme Pflicht, unsern verehrten Herrn Altersvorsitzenden, Herrn Dr. Olberg, für die würdige Art, in der er unsere Geschäfte heute begonnen hat, verbindlichst auch in Ihrer aller Namen zu danken. (Bravo!)

Dann danke ich Ihnen persönlich von ganzem Herzen für die mir durch Ihre einmütige Wiederwahl erwiesene Ehre. Ich weiß diese Ehre heute ganz besonders zu schätzen; denn ich darf darin nicht nur einen freundlichen und mir wertvollen Beweis Ihres unverminderten Vertrauens sehen, sondern darüber hinaus auch annehmen, daß Sie nicht nur meiner Person, sondern allen denjenigen, die mit mir das Los der Ausgewiesenen teilen, die Meinung der Rheinländer zum Ausdruck kommen lassen wollen, daß Sie hinter diesen Männern stehen, die, wie der Herr Minister soeben gesagt hat, nichts anderes getan haben wie ihre Pflicht und die dafür das Opfer brutalster Willkür unserer Unterdrückter geworden sind. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Die Gefühle, die uns alle heute beseelen, sind die gleichen in unserer Mitte, im Rheinland, in Preußen und im ganzen deutschen Lande. (Bravo!) Das sind die Gefühle grimmigen Grolls und kochender Empörung (lebhaftes Bravo!), angesichts dessen, was der Feind in seiner Uebermacht und in seinem Uebermut sich gegenüber uns und unserm Volke erlaubt. Derjenige, der anders denken wollte, hätte kein Herz für Menschenrecht, kein Herz für seines Volkes Not. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Auch unser Provinziallandtag ist heute im Exil! In der langen Geschichte der Rheinischen Provinziallandtage tagt er zum zweiten Male nicht in der schönen Düsseldorf, wo wir immer so freundliche Aufnahme gefunden hatten. Das letzte Mal war es im Jahre 1846, wenn ich mich nicht irre, wo der Landtag der Rheinprovinz sich verlegen mußte. Damals waren es kleine Gründe, kleine Räumlichkeitsorgen trieben ihn nach Coblenz. Heute sind es ernstere Gründe, einmal die Unmöglichkeit, die für manches geschätzte Mitglied in unserm Kreise besteht, in Düsseldorf zu erscheinen, da neben unserm verehrten Herr Oberpräsidenten mehrere Mitglieder aus unserer Mitte von Haus und Hof, aus Amt und Beruf vertrieben worden sind, und die weitere Unmöglichkeit, an unserm üblichen Tagungsort sich so frei und frank aus-

zusprechen, wie heute die deutsche Sprache gesprochen werden muß. (Sehr richtig!) So können wir nicht dort sprechen, wie es uns ums Herz ist, unter den fremdländischen Bajonetten, und deshalb haben wir hier in der schönen Wupperstadt Barmen um Aufnahme nachgesucht. Sie ist uns freundlich gewährt worden. Der Stadt Barmen und ihrem Oberhaupt, unserem verehrten Mitglied, Herrn Dr. Hartmann, seinen Mitarbeitern und den übrigen Barmer Herren für die freundliche Aufnahme hier zu danken, ist uns herzlich empfundene Pflicht. (Bravo!)

Wir kommen hier zusammen, wie der Herr Minister und der Herr Alterspräsident es gesagt haben, nur zu einem Gegenstand der Tagesordnung. Wir wollen Einspruch erheben; vor der ganzen Welt sagen, wie es um uns steht. Dabei werden und wollen wir nicht klagen. Dazu sind wir zu stolz. Nicht klagen, aber anklagen wollen wir vor der ganzen Welt. (Bravo!) In der gleichen Stunde, wie wir, tagt in Münster der Westfälische Provinziallandtag mit derselben Tagesordnung, und unsere Grüße gehen von hier aus der Wupperstadt in das Münsterland. Wir wissen uns eins mit den treuen Volksgenossen der roten Erde, wir fühlen mit ihnen, wie sie mit uns fühlen, und wir nehmen uns mit ihnen vor, den schweren und harten Kampf, der nun gekämpft werden muß, zu kämpfen in wechselseitiger Treue mit westfälischer Zähigkeit und mit rheinischem Freimut und Lebensmut. (Lebhaftes Bravo!) Und diese Einstimmigkeit, wie sie zwischen Rheinland und Westfalen besteht und wie sie, Gott sei Dank, doch auch fast restlos, im Grunde genommen jedenfalls, unter den Parteien besteht, diese Einmütigkeit und diese feste eintrachtige Gesinnung möge auch der Leitstern unserer heutigen kurzen Tagung sein. (Lebhaftes Bravo!)

Ich habe zunächst die Wahl der Beisitzer vorzunehmen und möchte Ihnen vorschlagen, die Herren Abgeordneten Eltes, v. Stedman, Hauck und Weyers wiederzuwählen, die in der letzten Tagung Beisitzer gewesen sind. Wenn ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind, und darf auch annehmen, daß die genannten Herren bereit sind, das Amt zu übernehmen. Ich danke den bisherigen Beisitzern für die freundliche Mühewaltung und bitte die Herren Hauck und Weyers, an meiner Seite Platz zu nehmen. Ich habe dann dem Herrn Minister mitzuteilen, daß der Provinziallandtag sich gebildet hat.

Meine Damen und Herren! Der einzige Gegenstand unserer Verhandlung ist die

Stellungnahme des Provinziallandtages zur Ruhrbesetzung.

Nach der Verständigung unter den Parteien wird jede Fraktion dazu Stellung nehmen. Ich gebe zunächst das Wort dem Herrn Abgeordneten Lüchem.

Abgeordneter Lüchem: Meine Herren und Damen! Als Vertreter der Kommunistischen Fraktion im Ältestenausschuß habe ich meine Zustimmung dazu gegeben, daß der Provinziallandtag in Barmen zusammenzutreten sollte, und zwar aus dem Grunde, damit er, ohne überwacht zu sein, seine Stellungnahme zur Ruhrbesetzung präzisieren solle. Wir hätten nicht erwartet, daß man diese Tatsache zum Anlaß nehmen würde, nun vor der Tagung einen derartigen nationalistischen Rummel vor den Toren des Rathauses zu veranstalten. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß durch ein derartiges Gebahren die Situation für das deutsche Volk nicht verbessert, sondern nur verschlechtert wird. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir haben alle Ursache, in diesen Tagen mit dem notwendigen Ernst an diese Dinge heranzutreten (Sehr gut! bei den Kommunisten), und wir müssen es uns verbitten, wenn die Schulleitungen in einer beliebigen Stadt es sich erlauben, derartige Dinge zu inszenieren. Als Vertreter der Kommunistischen Partei verbitten wir uns dies auf das entschiedenste und werden es uns in Zukunft überlegen, ob wir unsere Zustimmung zur Verlegung des Tagungsortes noch einmal geben. (Zwischenrufe. Zuruf: Arbeiter mobil machen!)

Vorsitzender Dr. Farres: Darf ich bitten, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Lüchem (fortfahrend): Es bestand ein Abkommen im Ältestenausschuß, welches dahin ging, daß jede Fraktion nur eine Erklärung zur Verlesung bringen solle, damit keine Repliken hier zustande kämen. Sie werden es aber verstehen, wenn Sie auch in Ihren politischen Grundsätzen einen anderen Standpunkt einnehmen, daß wir diese Dinge nicht unwidersprochen an uns vorübergehen lassen können. (Zuruf: Leider!) Ich gebe zu, daß wir unter Umständen durch unsere Darlegung Ihre politischen Gefühle verletzen. Das kann uns aber nicht davon abhalten, das zum Ausdruck zu bringen, was wir für notwendig halten.

Erklärung der Kommunistischen Fraktion zur Ruhrbesetzung.

Der Kampf im Ruhrgebiet ist ein Kampf um die deutsche Kohle. Mit der Besetzung des Ruhrgebietes will das kapitalistische Frankreich sich die deutsche Kohle aneignen, um die erste imperialistische Macht Europas zu werden und um eine weitere Verschuldung Frankreichs aufzuhalten. Die Folgen des Kohlenkrieges werden für die Arbeiter, Angestellten und Beamten des besetzten und unbesetzten Gebietes ein noch größeres Elend sein. Die Kommunistische Fraktion des Rheinischen Provinziallandtages protestiert daher auf das schärfste gegen den französischen Wahnsinn einer Besetzung des Ruhrgebietes und fordert die internationalen Arbeitermassen zum

Kampf gegen die Besetzung des Ruhrgebietes auf. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Die kommunistische Fraktion weiß sich darin in Übereinstimmung mit Millionen der werktätigen Bevölkerung aller Länder und insbesondere von Frankreich und Deutschland. (Sehr richtig! bei den Kommunisten. Zurufe von anderen Parteien.)

Vorsitzender Dr. Farres: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Lütchem (fortfahrend): Das deutsche Kapital und die bürgerlichen Parteien haben die Eroberungspläne des deutschen Imperialismus auf die französischen Erzgebiete im Weltkriege zum Teil selbst entworfen, zum Teil selbst mit Kräften unterstützt. Sie haben kein Wort der Mißbilligung gefunden, als die kaiserlichen Heere in das friedliche Belgien einbrachen. Sie haben dem Gewaltfrieden von Brest-Litowsk jubelnd zugestimmt. Der Friedensbruch der Armeen des Generals von der Goltz im Baltikum und in Finnland fand ihren ungeteilten Beifall. Damit haben sich die deutschen Kapitalvertreter und die bürgerlichen Parteien jedes moralischen Rechtes begeben, gegen fremde Willkür zu protestieren. Aber auch sachlich hat das Schwerkapital kein Recht, die deutsche Arbeiterschaft zu Hilfe gegen den französischen Einmarsch aufzurufen. Das Schwerkapital führt den Kampf nicht um die nationale Unabhängigkeit des deutschen Volkes, sondern um seine materiellen Interessen. Es trägt die Alleinschuld daran, daß die imperialistischen Kreise Frankreichs einen Vorwand zum Einmarsch ins Ruhrgebiet finden konnten. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Die deutschen Kapitalisten haben die furchtbaren Bedingungen des Versailler Friedensvertrages zu einem glänzenden Geschäft für sich umgewandelt; sie haben an den Reparationen und Sachlieferungen ungezählte Milliarden verdient; sie haben ihre Riesengewinne durch Kapitalflucht ins Ausland der Besteuerung entzogen; sie haben alle Steuern, die sie treffen sollten, planmäßig sabotiert; sie haben alle Lasten des Friedensvertrages auf das Proletariat abgewälzt; sie haben sich durch brutalste Ausplünderung der proletarischen Massen auf das schamloseste bereichert; sie haben die auf Grund des Friedensvertrages aus den Massen des Volkes herausgepumpten Milliarden nicht zur Erfüllung des Friedensvertrages, sondern zu ihrer eigenen Bereicherung benutzt.

Die Cuno-Regierung hat diese Politik unterstützt und sich damit als Geschäftsführer des deutschen Schwerkapitals erwiesen (Abgeordneter Knab: Sehr richtig!), und auch ihre jetzige Haltung ist nichts anderes als eine Förderung der Interessen der Kapitalisten, unter schwerster Schädigung der breiten Arbeitermassen. Die kommunistische Fraktion des Rheinischen Provinziallandtages fordert daher von den breiten Arbeitermassen einen ebenso rücksichtslosen Kampf gegen die Cuno-Regierung, wie sie einen Kampf gegen den französischen Imperialismus fordert.

Wenn die Regierung und die bürgerlichen Parteien die Gelegenheit benutzen, um erneut die Massen in einen nationalistischen Taumel hineinzuziehen, so geschieht dies nur, um die schwere Verantwortung von sich abzulenken. Wir fordern daher die arbeitende Bevölkerung auf, überall diesem nationalistischen Rummel entgegenzutreten und sich die Klassenerkenntnis nicht trüben zu lassen.

Die jetzigen Ereignisse dokumentieren den vollen Bankrott der kapitalistischen Erfüllungspolitik. Die S. P. D. und der A. D. G. B., die diese Politik über vier Jahre lang getrieben haben, haben damit nur ein ungeheures Elend für die breite werktätige Masse geschaffen. Auch in der jetzigen Situation wissen sie keinen anderen Rat, als sich händeringend an den Völkerbund und an das kapitalistische Amerika zu wenden. Von dort kommt keine Hilfe. Die Hilfe kommt einzig und allein von der internationalen Arbeiterklasse. (Beifall bei den Kommunisten. Gelächter bei anderen Parteien. Zuruf des Abgeordneten Knab.)

Vorsitzender Dr. Farres: Herr Abgeordneter Knab, unterlassen Sie bitte die Zwischenrufe.

Abgeordneter Lütchem (fortfahrend): Wenn auch die S. P. D. und der A. D. G. B. es abgelehnt haben, mit der proletarischen Internationale einen gemeinsamen Kampf zu organisieren.

Die weiteren Folgen der Besetzung des Ruhrgebietes werden für Deutschland eine ungeheure Arbeitslosigkeit, eine Verschlimmerung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage sein und Europa um so schneller in den Abgrund stürzen. Die werktätige Bevölkerung muß endlich erkennen, daß neue Wege beschritten werden müssen. Neue Wege zu beschreiten ist aber einzig und allein nur eine Arbeiterregierung fähig. Die kommunistische Fraktion des Rheinischen Provinziallandtages fordert daher alle Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten auf, den Kampf für eine Arbeiterregierung rücksichtslos fortzusetzen. (Zuruf: Sachsen!) Die Arbeiterregierung wird ein wirtschaftliches und politisches Bündnis mit Sowjet-Rußland schließen, wird die Sachwerte in Deutschland rücksichtslos erfassen und Frankreich gegenüber eine proletarische Erfüllungspolitik treiben (Andauern des Gelächter und Unruhe.) Der letzte Satz scheint Ihnen wohl besonders gefallen zu haben! (Heiterkeit.) Ich werde ihn nochmals vorlesen, damit Sie sich ihn genau merken: Die Arbeiterregierung wird ein wirtschaftliches und politisches Bündnis mit Sowjet-Rußland schließen, wird die Sachwerte in Deutschland rücksichtslos erfassen und Frankreich gegenüber eine proletarische Erfüllungspolitik treiben; sie wird die proletarische Erfüllungspolitik solange treiben, bis das französische und das deutsche Proletariat stark genug sind, den Friedensvertrag von Versailles zu vernichten. Dies wird um so eher möglich sein, je rücksichtsloser die deutschen und französ-

fischen Arbeiterklassen den Kampf führen und je wirkungsvoller die internationalen Arbeitermassen diesen Kampf unterstützen. (Bravo! bei den Kommunisten. Gelächter bei anderen Parteien.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Der Rheinische Provinziallandtag ist in einer der wenigen unbesezt gebliebenen Städte der Rheinprovinz zusammengetreten, um gegen den gewalttätigen Einbruch des französischen Militarismus in friedliches deutsches Land Stellung zu nehmen. Die Sozialdemokratische Fraktion erklärt hierzu:

Keine Bestimmung des Vertrages von Versailles gibt der belgischen und französischen Regierung die Handhabe, deutsches Gebiet zu besetzen. (Sehr richtig!) Eine „vorsätzliche Verfehlung“ der deutschen Regierung bei Nichterfüllung des Vertrages können wir nicht anerkennen (Hört! Hört! bei den Kommunisten), denn das deutsche Volk hat in den Jahren der Geltung des Vertrages von Versailles unter Uebernahme unerhörter Leiden, unter schwerster Beeinträchtigung seiner Wirtschaft, der Gesundheit seiner Bevölkerung und insbesondere seiner Nachkommen bewiesen, daß es gewillt war, mit allen seinen Kräften den Vertrag zu erfüllen. (Sehr richtig!) Als Verfechterin des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist es ihre selbstverständliche Pflicht, gegen diesen brutalen Gewaltstreich des französischen Imperialismus entschiedensten Protest einzulegen. (Bravo!) Sie tut dieses als Partei, deren Anhänger sich in der Hauptsache aus Hand- und Kopparbeitern zusammensetzt, um so energischer, da der französische Militarismus bisher alles versucht hat, den Arbeitern die Ruhebefegung schmachhaft zu machen. Der deutsche Arbeiter weiß, daß er den Kampf für eine bessere Lebenshaltung und Erweiterung seiner Rechte nur dann mit Erfolg führen kann, wenn sein Land nicht von fremden Gewalthabern beherrscht wird. (Sehr richtig!) Im Kampfe um das Recht gegen die Gewalt hat die Arbeiterschaft stets in der vordersten Reihe gestanden und wird dieses um so mehr in diesem Kampfe tun, weil er geführt wird um ihr eigenes Land. Die Pläne des französischen Kapitalismus, die mit Hilfe des stärksten und gefährlichsten Militarismus der Welt am Rhein und an der Ruhr verwirklicht werden sollen, bedeuten, daß die Arbeiterschaft zu Sklaven der Entente gemacht werden soll. (Sehr richtig!) Wir wissen, daß die ehrgeizigen Pläne des französischen Militarismus viel weiter gehen, als die französischen Machthaber es zurzeit zugestehen. (Sehr richtig!) Wir wissen und fühlen es, daß den französischen Machthabern als fernes Ziel die Zerstörung des Deutschen Reiches und die Angliederung des Rheinlandes an Frankreich vorschwebt. (Sehr richtig!)

Die rheinische sozialdemokratische Anhängererschaft ruft den Eindringlingen zu: Eure Pläne werden nie und nimmer verwirklicht werden (Bravo!), denn wir, die Bevölkerung vom Rhein und der Ruhr, das deutsche Volk und die Völker der ganzen Welt werden und können niemals zugeben, daß die brutale Gewalt über das Recht den Sieg davon trägt. (Lebhaftes Bravo!)

Das französische Volk aber machen wir in aller Deutlichkeit darauf aufmerksam, daß die Masse des deutschen Volkes nun erst recht verarmt und verelendet und daß die deutsche Wirtschaft auf das schwerste erschüttert wird. Durch die Herbeiführung dieses Zustandes fühlen wir uns als Vertreter einer ehrlichen Erfüllungspolitik verpflichtet, zu betonen, daß der Möglichkeit weiterer Reparationen der schwerste Stoß, ja auf absehbare Zeit der Todesstoß versetzt wird. (Sehr richtig!)

Auch die von uns von jeher erstrebte Verständigung der Völker wird um Generationen hinausgeschoben, während der Revanchegedanke bei den Chauvinisten der beteiligten Staaten gefördert wird. Nationalisten und Militaristen arbeiten so Hand in Hand zum Schaden der deutschen demokratischen Republik, die erneut schweren Erschütterungen ausgesetzt ist.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir die Regierung nachdrücklichst auf das Treiben der nationalistischen Kreise, insbesondere auf den Versuch unverantwortlicher Menschen zur Bildung von Freikorps hin. Wir sehen in einer solchen chauvinistischen Welle für Deutschland nicht nur schwere äußere, sondern auch innere Gefahren kommen, wenn die Regierung nicht unverzüglich mit entschiedener Hand eingreift. (Sehr richtig!)

Für notwendig halten wir ferner ein entschiedenes Einschreiten gegen die Preisdiktatur des Großkapitals, die Spekulationsorgien an der Börse sowie die Ausbeutung durch den Wucher seitens gewissenloser Händler. Die Lebenshaltung der breiten Volksschichten darf nicht mehr herabgedrückt werden.

An dieser Stelle wenden wir uns feierlichst gegen die völkerrechtswidrigen Ausweisungen pflichttreuer Beamten, Arbeiterführer und deren Familien, gegen die ungesetzlichen Eingriffe der Franzosen und Belgier in die Selbstverwaltung der Gemeinden, die Tätigkeit der preußischen und deutschen Behörden, insbesondere den Betrieb der Reichsbahnen- und Postverwaltung, sowie gegen die Beschränkung der Pressefreiheit. Schwere Störungen des Wirtschaftslebens sind die Folge.

Eine Reihe von Morden an der friedliebenden, arbeitssamen Bevölkerung sind das Reinszeichen, mit dem der französische Militarismus sich bereits befleckt hat. (Sehr richtig!) Den Angehörigen der schuldlosen Opfer dieser Missetaten sprechen wir unser Mitgefühl aus und wir ersuchen die Regierung, ausgiebig für diese zu sorgen.

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß diese Methoden imperialistischer Politik, durch militärische Machtmittel Leistungen vom deutschen Volke zu erzwingen, eine Politik darstellt, die niemals das ersehnte Ergebnis haben kann.

Wir begrüßen das Vorgehen unserer Freunde im Auslande, insbesondere in Frankreich und England die mit uns gegen die Gewaltpolitik der gegenwärtigen französischen Regierung Stellung nehmen. Wir erkennen auch dankbar an, daß die Presse und die Volksstimmung selbst der früher uns feindlichen Länder überwiegend die französischen Methoden verurteilen und daß diese Stimmung ihren Ausdruck durch reiche Sammlungen in der ganzen Welt findet. Wir sehen darin eine Hoffnung, daß die Welt sich einmal wieder friedlicheren Aufgaben zuwenden wird.

Indem wir uns gegen alle Methoden in- und ausländischer Imperialisten wenden, unterstützen wir alle Maßnahmen, die dazu dienen, der Welt wieder Ruhe und Frieden zu geben und das Unrecht wieder gut zu machen. Den Gewaltmethoden des Imperialismus setzen wir entgegen die sozialistische Idee der Völkerveröhnung.

Kein Mittel der Gewalt oder der Drohung hat bisher vermocht, die Bevölkerung vom Rhein und Ruhr in ihrer Treue zur deutschen Republik wankend zu machen. Eine ruhige und kühle Politik der Gewaltlosigkeit und die unerbittliche passive Resistenz der Hand- und Kopfarbeiter soll das Mittel sein, mit dem wir den Sieg des Rechts herbeiführen. (Bravo!)

Der Gewalt der Bajonette und Maschinengewehre stellen wir den Appell an die Macht der Arbeit und die Einigkeit aller Arbeitnehmer gegenüber. In erster Linie liegt es in ihrer Hand, den Sieg des Rechtes über die Gewalt herbeizuführen. Gelingt das, so ist dem Militarismus aller Länder der schwerste Schlag versetzt, von dem er sich nie wieder erholen wird. (Sehr richtig!)

In diesem Sinne wenden wir uns an die Bevölkerung von Rhein und Ruhr, an das deutsche Volk und das Gewissen der Welt und rufen ihnen zu:

Nieder mit jedem Militarismus!

Nieder mit dem Chauvinismus!

Bahn frei für den Völkerfrieden!

Wir halten fest an der deutschen Republik!

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine sehr verehrten Damen und Herren! In schwerstem Bruche des Völkerrechts und der klaren Bestimmungen des Vertrages von Versailles haben französische und belgische Streitkräfte das Ruhrgebiet und darüber hinaus weite Teile der Rheinprovinz und Westfalen besetzt. Dem deutschen Volke, das waffen- und wehrlos diesen schänden und ruchlosen Einbruch erdulden muß, bleibt kein anderes Mittel, als in Wort und Tat den einmütigen und unbeugbaren Willen zur Selbstbehauptung und Abwehr zu bekunden. Diesen Willen zu stärken und zu vertiefen, erachten wir als die Aufgabe der hier versammelten berufenen Vertretung des Rheinischen Volkes.

Wir erheben den schärfsten Einspruch gegen die brutalen Gewaltmaßnahmen des Feindes, insbesondere gegen die Knebelung der Presse und der freien Meinungsäußerung. Die Ausweisung zahlreicher Beamter und Privatpersonen und ihrer Familien, die zum Teil ohne jede Angabe von Gründen erfolgt ist, bleibt für alle Zeiten eine kulturelle Schande, die Frankreich nimmer abwaschen wird! (Sehr richtig!)

Wir bekennen uns in dieser schicksalsschweren Stunde mit Stolz zu unserer engeren rheinischen Heimat. Wir rufen es hinaus in die Lande: Es gibt kein gallisches „genie du Rhin“, wie man jenseits der Vogesen fabelt, aber es gibt einen starken und lebensvollen, selbstbewußten rheinischen Geist; der, durch die Jahrhunderte hindurch genährt an deutscher Art und Kunst, ein untrennbarer und unzerstörbarer Teil deutschen Geistes und deutscher Kultur geworden ist. (Bravo!) Diesen Geist zu wahren und zu pflegen zu Ruh und Frommen des Ganzen ist uns Recht und Pflicht. Wir grüßen in dieser Stunde unsere Nachbarprovinz Westfalen, die mit uns in der ersten Kampfesfront steht. Westfälische Zähigkeit und rheinische Schwungkraft sollen sich in diesem Kampf verschmelzen und vermählen zu gemeinsamer sieghafter Abwehr.

So bekennen wir uns bewußt und klar zu Land und Reich. Im Rückblick auf eine mehr als hundertjährige Geschichte erkennen wir dankbar die unendlichen Segnungen unserer Zugehörigkeit zum starken Gefüge des preußischen Staates. (Bravo!) Soeben vom Joche der Fremdherrschaft befreit, in sich nach langen Zeiten der Zersplitterung zur Einheit geworden, wurden die Rheinlande mit dem Staate Friedrichs des Großen verschmolzen, und nehmend und gebend auf allen Gebieten des Lebens, in Wirtschaft, Politik und Kultur, sind wir Rheinländer mit Preußen verwachsen und ist unsere Provinz in unvergleichlicher Entwicklung zu einem Eckstein des preußischen Staates und zur Grundlage seiner wirtschaftlichen Kraft geworden. (Sehr richtig!) Aber darüber hinaus und vor allem bekennen wir uns zur großen deutschen Volksgemeinschaft. (Bravo!)

Durchdrungen von dem erschütternden Ernst der Lage des deutschen Vaterlandes erklären wir feierlich: Kein Zwang und keine Not kann uns drängen von unsern deutschen Brüdern im Reiche. In geschlossener Einheit stehen wir mit ihnen gegen den Feind. Kein Unterschied der Parteien und der Stände kann diese Einheit jemals lockern. Wer in dieser Stunde höchster Gefahr Fragen aufwerfen wollte, die Zwietracht stiften könnten in den eigenen Reihen, der würde einen Fluch auf sich laden für alle Zeiten. (Sehr richtig!) Wir werden in geschlossener unlösbarer Kampfesbrüderschaft mit allen Volksgenossen stehen, der schweren und heiligen Pflicht bewußt, daß jetzt und hier am deutschen Rhein die Würfel geworfen werden um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Das höchste und letzte Gut, das wir gerettet haben aus dem Zusammenbruch, ist die Einheit des Reiches. Um dieses höchste Gut geht letzten Endes der Kampf, den wir zu führen haben.

Rimmer wird das Reich zerstört, wenn wir, — und, meine Damen und Herren, ich sage es mit Zuversicht: weil wir Rheinländer einig sind und treu! (Lebhaftes Bravo!)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Heß.

Abgeordneter Dr. Heß: Geehrte Damen und Herren! Vor wenigen Tagen haben sich die großen Berliner Parlamente, und unter diesen besonders auch der Preussische Landtag, ganz eingehend mit dem kriegerischen Ueberfall der Franzosen und Belgier auf das Ruhrgebiet befaßt. Dort ist alles das gesagt worden, was über die skandalösen Vorgänge vom historischen, vom rechtlichen, vom moralischen Standpunkt aus gesagt werden mußte. Das alles an dieser Stelle und in dieser Versammlung zu wiederholen, erübrigt sich. Wohl aber soll auch von dieser Stelle aus noch einmal mit möglichster Kürze, mit größter Deutlichkeit und mit absolut rheinischer Ungeniertheit das Kind beim richtigen Namen genannt werden. Wenn ich mich dabei nicht an die Form der formulierten Resolution halte, wie es die verehrten Herren Vorredner getan haben, so bitte ich dieserhalb namens meiner Fraktion um Entschuldigung. Ich habe wegen der großen Verkehrschwierigkeiten erst im letzten Augenblick von dieser Verabredung Kenntnis bekommen und bitte Sie, mir zu erlauben, in etwas freierer Rede das vorzutragen zu dürfen, was meine Freunde hier vorgetragen wissen möchten.

Was Frankreich will, ist klar. Es geht Frankreich nicht um Reparationen, weder im allgemeinen noch um Kohlen oder Telegraphenstangen im besonderen. Was Frankreich will, ist klar. Frankreich will seine Hand nach rheinischem Land austrecken. Ob das durch Annektierung eines Teiles der Rheinprovinz oder ob es unter Errichtung eines Pufferstaates, natürlich unter französischer Suprematie, geschehen soll, ist vollständig belanglos. Das interessiert uns Rheinländer auch absolut nicht, weil wir jede Lösung dieser Art, in jeder Form, wie sie auch getroffen werden soll, einfach ablehnen. (Bravo!) Meine Damen und Herren! Heute wissen wir, daß der mit geradezu widernatürlichem Raffinement ausgeklügelte Lügenfriede von Versailles nur einen einzigen Zweck, nur einen einzigen Sinn hatte, nämlich rheinisches Land ans französische Messer zu liefern. Man hat eine Zeit lang geglaubt, der Lügenfriede von Versailles sei lediglich als eine satanische Auswirkung der Kriegspychose von 1918 zu betrachten, die von selbst wieder verschwinden würde, sobald die gequälte Menschheit nach dem furchtbaren Weltkriege wieder ins seelische Gleichgewicht gekommen sein würde. Das hat sich als ein schwerer Irrtum herausgestellt. Um eine satanische Ausgeburt allerdings hat es sich gehandelt. Aber was in Versailles geschehen ist, das ist geschehen mit weit ausschauender Ueberlegung und mit dem vollen Bewußtsein seiner Tragweite. Heute sehen wir die Folgen. Die gesamte internationale Politik, und zwar diesseits und jenseits des Ozeans, dreht sich mehr oder weniger letzten Endes um die Rheinlandfrage. Das wissen wir von dem englischen Expremier Lloyd George, von dem italienischen Exminister Nitti und von Mister Hayes, der manchem von Ihnen wohl noch persönlich in Erinnerung sein wird als erster amerikanischer Vertreter in der sogenannten hohen Kommission in Coblenz. Also die ganze maßgebende Welt ist sich klar über den springenden Punkt. So, meine Damen und Herren, liegen die Dinge, und das ist auch der tiefere Sinn des militärischen Ueberfalls auf das Ruhrgebiet. Hier hat man die Hand an die Gurgel Deutschlands gelegt, und man beabsichtigt, die Faust fester und fester zuzupressen. Und dennoch hat die französische Kalkulation ein Loch. Frankreich hat zweierlei nicht in Rechnung gestellt. Erstens einmal den unerschütterlichen Willen Deutschlands zum Leben, und zweitens die leidenschaftliche Zugehörigkeit der Rheinlande zum deutschen Vaterlande. (Lebhaftes Bravo!) Ich sollte meinen, daß über diese Frage nicht zuletzt auch wir Rheinländer noch ein Wort mitzusprechen haben (Lebhaftes Sehr richtig!); denn man soll sich nicht etwa einbilden, daß wir die berühmte — oder soll ich sagen, berüchtigte — Formel von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bereits vergessen hätten! Wir wissen allerdings, daß man, Gott sei's geklagt, im Namen dieses Selbstbestimmungsrechts der Völker an Deutschland bereits Verwaltungen vorgenommen hat, die mit zu dem Unerhörtesten zählen, was jemals in der politischen Geschichte der Menschheit vorgekommen ist. (Bravo!) Was in Oberschlesien, was in Ostpreußen, was in Schleswig, und nicht zuletzt an der Saar, geschehen ist, das schreit an sich zum Himmel und trägt den Keim folgenschwerer Ereignisse für die Zukunft ganz unverkennbar in sich. Wir Rheinländer aber verwahren uns auf das feierlichste dagegen, wenn man uns vielleicht ein ähnliches Schicksal zugebracht haben sollte. Wir sind, wie es uns schon vom Auslande noch bestätigt worden ist, nach

Rasse, nach Sprache, nach Sitte und Kultur, wir sind in jeder Beziehung nur Deutsche und wollen auch beim deutschen Vaterlande bleiben. (Lebhaftes Bravo!) Darüber hinaus, der Deutlichkeit halber, noch eins! Es hat eine Zeit gegeben, meine Damen und Herren, wo weiteste Kreise am Rhein eine territoriale Neugestaltung des innerdeutschen Gebietes für wünschenswert hielten, und zwar deshalb, weil sie glaubten, daß dies durchaus im Interesse des deutschen Vaterlandes läge. Aber gerade unter dem Druck von außen, und gerade, weil wir die Beobachtung gemacht haben, daß Frankreich mit diesen Bestrebungen glaubt Geschäfte machen zu können, ist man von diesem Gedanken vollständig und absolut zurückgetreten. (Bravo!) Heute lautet die Parole am ganzen Rhein, rheinauf und rheinab, daß wir nicht nur zu Deutschland gehören, sondern daß wir auch zu Preußen gehören wollen (Lebhaftes Bravo!), zu Preußen gehören wollen in der Form, die wir für gut und für richtig halten. (Erneuter lebhafter Beifall!) Weil wir das wollen, deshalb werden wir auch die Kraft haben, selbst die ausgejuchtesten Grausamkeiten zu tragen, mit denen Frankreich uns vergebens klein zu kriegen hofft. Frankreich hat zur Zeit zweifellos die Macht. Frankreich kann auch ebenso zweifellos diese Macht mißbrauchen! Aber Frankreich und die Welt sollen sich gesagt sein lassen, daß die Rheinprovinz nicht eine grüne Insel im Atlantischen Ozean ist und daß sich das rheinische Volk nicht zum Helotenum und auch nicht zum Weltbürgertum zweiter Klasse verurteilen läßt (Bravo!), und je länger und je härter man die Geißel der Knechtschaft über uns schwingt, um so heißer und leidenschaftlicher wird der innere Widerstand werden, den wir allen Quälereien entgegenzusetzen entschlossen sind. (Bravo!) Ein Volksstamm, dem man nicht mit Unrecht nachrühmt, daß er zu den kultiviertesten der Erde gehört, wird sich niemals ungerechter Gewalt beugen. (Lebhaftes Bravo!) Was Frankreich, meine Damen und Herren, am rheinischen Volk und an rheinischer Erde sündigt, das ist nicht nur ein Angriff auf den Frieden und das Wohlergehen des Rheinlandes oder des deutschen Reiches, sondern das ist auch ein Attentat auf den Frieden Europas und damit auch den Frieden der gesamten Menschheit. Frankreich hat das Völkerrecht gebrochen und seinen eigenen Vertrag mit Füßen getreten, weil ihm selbst dies Monstrum von Vertrag für seine Zwecke noch nicht weit genug ging. Mit rücksichtsloser Brutalität sucht man die deutsche Schlagader zu unterbinden. Deutsches Blut hat über den militärischen Einbruch fließen müssen. Deutsche Männer sind mitten im Frieden von dem französischen Kriegsgericht abgeurteilt worden zu hohen Geldstrafen oder gar zu Gefängnisstrafen. Das Hungergespennst erhebt immer unheimlicher sein Haupt, in einem Lande, in dem bereits über 50% sämtlicher Volksjuchkinder als unterernährt gelten müssen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Und vielleicht das raffinierteste an Grausamkeit: Deutsche Beamte, die es selbstverständlich nicht über ihre Seele bringen, ihrem Vaterland den gegebenen Treueid zu brechen, werden aus ihrem Heim und aus ihrer Heimat vertrieben, oft genug bei Nacht und Nebel und unter den grausamsten Umständen, die man sich denken kann, ganz gleichgültig, ob sie hoffende Gattinnen oder eine zahlreiche Familie oder gar mutterlose Kinder zurücklassen (Rufe: Pfui!); ganz gleichgültig, ob sie ihr Hab und Gut mitnehmen können oder zurücklassen müssen; ganz gleichgültig — und das ist vielleicht das allerschlimmste —, ob sie in dem unter der entsetzlichsten Wohnungsnot leidenden Deutschland überhaupt ein neues Heim und eine Unterkunft finden werden und können. Jeder einzelne, nicht nur die ausgewiesenen Beamten, sondern alle übrigen Volksgenossen, die dieses unglückselige Schicksal betroffen hat, sind uns ans Herz gewachsen. Wenn ich trotzdem der Vertreibung unseres Herrn Oberpräsidenten besonders gedenke, so geschieht es deshalb, weil man darin in der ganzen Rheinprovinz eine besonders aufreizende Gewaltmaßnahme erblickt hat. (Sehr richtig!)

Was Frankreich im übrigen mit diesen Deportationen bezweckt, ist sonnenklar: Es will die Rheinprovinz gewaltsam unterhöhlen und glaubt so am besten, seinen lästern Aspirationen vorarbeiten zu können. Aber auch darin wird Frankreich sich getäuscht sehen, und wenn es mit noch so viel tückischer Systematik auf diesem Gebiete fortfährt — das rheinische Volk wird dadurch nur immer fester an sein Vaterland getettet werden. (Lebhaftes Bravo!)

Wohl aber — und damit komme ich zum letzten Gedanken — erheben wir vor dem Gewissen der ganzen Welt Anklage über diese unglaublichen Rohheiten und Mißhandlungen. Wenn wir das aber tun, so kommen wir nicht als Bittsteller, hilflos und kleinmütig, sondern stolzen, aufrechten Hauptes und ungebeugten Sinnes, nichts anderes heischend als unser gutes und heiliges Menschenrecht. (Lebhaftes Bravo!) Denn darüber muß sich die Welt einmal klar werden, daß sie sich an Deutschland und besonders am Rheinland ein schweres Unrecht hat zu Schulden kommen lassen. Die Bedingungen, unter denen wir 1918, nicht Frankreich, sondern dem Hunger und der amerikanischen Uebermacht weichend, die Waffen aus der Hand gelegt haben, die lauteten ganz anders, als sie uns heute entgegentreten. (Sehr richtig!) Damals stand die ganze Welt noch unter dem Eindruck des Wilson-Programmes, dessen Herzstück das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Gleichberechtigung aller Völker und Nationen und das Recht auf ungehinderte Pflege des nationalen Eigenlebens war. Diesem demokratischen Programm vertrauend hat das demokratisierte Deutschland damals die Waffen niedergelegt. Wenn wir hätten ahnen können, daß das ganze bloß eine hinterlistige und heimtückische

Falle sein sollte, in die wir gelockt wurden, dann, meine Damen und Herren, wäre vielleicht manches anders gekommen. (Sehr richtig!) Deshalb aber, weil die Dinge so gekommen sind, haben wir vor Gott und vor der Welt ein Unrecht darauf, daß man sich jetzt um uns kümmert. Man versündigt sich am deutschen Reich, man versündigt sich am Rheinland, man versündigt sich nicht zuletzt am Begriff von Treu und Glauben, wenn man meint, sich jetzt auf die bequeme Rolle des Beobachters aus der Ferne zurückziehen zu können. Die Welt muß nun wissen, was sie tut. Andere Waffen als den Appell an die Gerechtigkeit und das Weltgewissen stehen uns nicht zu Gebote. Das wissen wir sehr gut. Wir halten aber diese Waffen wegen ihres moralischen Wertes für stark genug, um damit einer Welt voll Tücke und Grausamkeit zu trotzen; denn wir sind durchdrungen von der Ueberzeugung, daß der Begriff der Gerechtigkeit noch nicht aus der Welt geschwunden ist, wenn man sich auch täglich mehr und mehr an ihm versündigt. Diese Ueberzeugung wird, was auch kommen mag, unser Glaubensstern sein in den furchtbaren Zeiten, die über unsere rheinische Heimat nun hereingebrochen sind.

Und nun, meine verehrten rheinischen Landsleute, lassen Sie uns zusammenstehen und der Zukunft entschlossen und kaltblütig ins Auge schauen. Als ich jüngst im preussischen Parlament sprach, da habe ich meine Rede geschlossen mit den zuversichtlichen Worten des Kardinals von Köln, daß Gott auch die französischen Bäume nicht in den Himmel wachsen lassen werde. So möchte ich heute schließen mit einem neuen Schwurwort des Kölner Kirchenfürsten: Wir wollen einen stillen, starken, stolzen Widerstand leisten gegen die Ungerechtigkeiten unserer Bedrücker. (Lebhaftes Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender Dr. Farres: Die Rednerliste ist erschöpft. Nach den Beschlüssen des Ältestenrates soll eine gemeinschaftliche Entschliebung nicht vorgelegt werden, weil man sich einen größeren, nachhaltigeren Eindruck davon versprach, wenn jede Fraktion, jede Richtung und Schattierung unserer Versammlung nach ihrer Art das zum Ausdruck brächte, was uns alle gemeinsam bewegt. Ich glaube, wenn auch die Auffassungen in manchen Punkten auseinander gingen, in dem einen waren wir von links bis rechts einig: in dem Bewußtsein, daß hier Deutschland, dem Rheinland, dem Ruhrgebiet ein Unrecht geschieht, wie es die Weltgeschichte kaum gesehen hat (Bravo!), und ferner darin einig, daß wir zusammenstehen müssen, um uns und unser Volk zu erhalten.

Ich habe aus all den kräftigen Worten, die wir gehört haben, nur eine große, große Anklage gehört. Einer der prägnantesten Köpfe des neuzeitlichen literarischen Lebens Frankreichs hat vor Jahren im Kampfe gegen seine militaristischen Volksgenossen, um einen Mitbürger zu schützen, sein flammendes „J'accuse!“ herausgerufen, was seitdem ein weltgeschichtliches Wort geworden ist. Auch wir sagen heute: Wir klagen an; wir klagen an namens eines ganzen Volkes, das, wehrlos und schwer verwundet am Boden liegend, nunmehr zu Tode gequält werden soll. Aber wir fühlen die Kraft in uns, auch in dem tiefsten Leid uns zu erheben und zusammenzurücken zur Wahrung der kostbarsten Scholle deutschen Landes. Wir sind ihre Hüter, wir sind an erster Stelle die Hüter unseres Vaterlandes. Walter Bloem, der Barmer Schriftsteller, hat einmal gesagt: „Wer hat ein Vaterland? Ein Vaterland hat nur der, der entschlossen ist, für seine Volksgenossen zu leben und zu sterben.“ Solche Vaterlandsliebe fordert unser Volk heute von uns.

Wir wissen ganz genau — und ich kann es aus meiner persönlichen Beobachtung Tag für Tag sagen —: Der Kampf, den wir jetzt auszustehen und auszufechten haben, ist unendlich schwer. Wenn wir nicht mit Glauben, mit Willen und mit Mut hineingehen und einig in dem Kampfe bleiben, dann sind wir verloren. Dann ist unser Volk verloren. Ich glaube aber, daß aus der heutigen kurzen Tagung der berufenen Vertretung des Rheinlandes ein Geist hinaus ins Land geht, der uns in dem Kampfe stärken wird, der uns stählen wird und diejenigen, die wir vertreten.

Möchten wir fest bleiben in diesem Kampf und möchten unsere Nachfahren demaleinst unserer sich nicht zu schämen brauchen, sondern stolz von uns sagen: Die Rheinländer von 1923, unsere Vorfahren, sie waren an ihrem Platze in schwerer Schicksalsstunde. Das walte Gott!

Damit ist unsere diesmalige Tagung erledigt. Wenn das Wort nicht weiter gewünscht wird, so habe ich dem Herrn Minister anzuzeigen, daß die Tagung des Landtages beendet ist. Im Einvernehmen mit ihm schließe ich die Sitzung.

(Schluß 4 Uhr 45 Minuten.)

Die deutsche Literaturgeschichte ist ein weites Feld, das sich über Jahrhunderte erstreckt. Sie umfasst die Werke von Dichtern, Schriftstellern und Philosophen, die die deutsche Sprache und Kultur geprägt haben. Von den Anfängen der germanischen Dichtung bis zur modernen Literatur, die sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, gibt es eine Fülle von Werken, die die Vielfalt der deutschen Literatur zeigen. Die Geschichte der deutschen Literatur ist eng mit der Geschichte des deutschen Volkes verbunden, und sie spiegelt die Veränderungen in der Gesellschaft und der Kultur wider.

Die deutsche Literaturgeschichte ist ein weites Feld, das sich über Jahrhunderte erstreckt. Sie umfasst die Werke von Dichtern, Schriftstellern und Philosophen, die die deutsche Sprache und Kultur geprägt haben. Von den Anfängen der germanischen Dichtung bis zur modernen Literatur, die sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, gibt es eine Fülle von Werken, die die Vielfalt der deutschen Literatur zeigen. Die Geschichte der deutschen Literatur ist eng mit der Geschichte des deutschen Volkes verbunden, und sie spiegelt die Veränderungen in der Gesellschaft und der Kultur wider.

Die deutsche Literaturgeschichte ist ein weites Feld, das sich über Jahrhunderte erstreckt. Sie umfasst die Werke von Dichtern, Schriftstellern und Philosophen, die die deutsche Sprache und Kultur geprägt haben. Von den Anfängen der germanischen Dichtung bis zur modernen Literatur, die sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, gibt es eine Fülle von Werken, die die Vielfalt der deutschen Literatur zeigen. Die Geschichte der deutschen Literatur ist eng mit der Geschichte des deutschen Volkes verbunden, und sie spiegelt die Veränderungen in der Gesellschaft und der Kultur wider.